Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Mk-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 203. Mittwoch den 22. Juli 1891. 85. Jahrgang.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß wir die durch Todesfall erledigte Stelle eines Sachverständigen für technische Prüfung, Begutachtung, Revision ꝛc. der **Blitzableitungsanlagen** auf Privatgrundstücken, sowie für Prüfung und Begutachtung der Gesuche um Genehmigung solcher Anlagen dem Elektrotechniker Herrn **Max Lindner** hier

zu übertragen beschlossen haben.

Zugleich weisen wir hierbei darauf hin, daß Jedermann bestehender Vorschrift zufolge Blitzableitungen nur nach erfolgter Ertheilung der **zuvor** bei uns nachzusuchenden Genehmigung angelegt, reparirt und verändert werden dürfen, sowie daß Zuwiderhandlungen dagegen sowie eigenmächtige Abweichungen von den bei der Genehmigungsertheilung gestellten Bedingungen sowohl an dem ausführenden Gewerken als auch dessen Auftraggeber mit Geldstrafe bis zu 60 ℳ oder mit Haft werden bestraft werden.

Leipzig, den 15. Juli 1891.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**

Vs. 2054. Dr. Trändlin. Wilisch, Rfl.

### Bekanntmachung.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 21. v. M., die Abschlagung des Elstermühlgrabens unterhalb des steinernen Wehres betr., geben wir hiermit bekannt, daß das Abschlagen schon am 27. d. M. beginnen und voraussichtlich bis zum 10. September d. J. andauern wird.

Leipzig, am 16. Juli 1891.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**

Ia. 2627. Dr. Trändlin. J. Thomas.

### Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 6. d. M. (I. 2697), den Handarbeiter **Carl Friedrich Gustav Dennhardt** aus Priesnitz betr.

Leipzig, den 20. Juli 1891.

**Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**
In Stellvertretung:
I. 2697. Dr. Schmid. Höschen.

### Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) eine **goldene Brille** mit verschiedenen Gläsern und für circa **30 ℳ Postwerthzeichen** in 10-, 20- und 25-Pfennigmarken, vom 15. bis 16. d. M. Nachts mittelst Einbruchs;

2) ein **Jacket-Anzug** von dunklem carrirten Stoff und eine **Hose und Jacket** von demselben Stoff, vom 9. bis 26. v. M.;

3) **8 m leinener Kleiderstoff und 8 weißleinene Frauenhemden**, vom 4. bis 16. v. M.;

4) **900—1000 Stück Cigarren**, theils in Kisten mit dem Zeichen „Fenella St. Felix", theils in blauen Papierpacketen mit der Etiquette „Flor de Cuba" ꝛc., sowie ca. **450 Cigaretten**, zum Theil in 3 Blechkasten, theils in Pappkästchen, vom 5. bis 6. d. M. Nachts mittelst **Einbruchs**;

5) **eine Partie Cigaretten mit den Marken „Old judge und Dogshead" und „Lone jack cigarette"**, vom 12. bis 13. d. M. Nachts mittelst **Einbruchs**;

6) **ein Handwagen**, braungestrichen, 4rädrig, mit Kastenaufsatz, eisernem Griff an der Deichsel und der Firma: „W. Rust, Leipzig-Anger-Crottendorf", vom 11. bis 13. d. M.;

7) **ein Adler-Rover** mit Nummer 2860 (an der Laterne eine Scheibe, am Hinterrad eine Speiche und der Gummi defect), am 19. d. M. früh;

8) **4 Gartenstühle** von braungestrichenem Holz, mit geschweifter Lehne und Lattensitz, vom 12. bis 14. d. M.;

9) **16 Stück geräucherte Schinken**, 4—5 Kilo schwer, sowie **3—4 Stücke geräuchertes Schweinefleisch**, je ca. 5 Kilo schwer, vom 15.—16. d. M. Nachts.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder über den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, den 20. Juli 1891.

**Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.**
In Stellvertretung:
Dr. Schmid. M.

### Bekanntmachung.

**Sonnabend, den 25. Juli c., von Vormittags 10 Uhr an,** soll im Geschäftszimmer des Proviant-Amtes Leipzig, Pleißenburg, Thurmhaus, 2. Stock **1 Partie Roggenkleie und Kehrwerk** öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 15. Juli 1891.

**Königl. Proviant-Amt.**

## Slawische Kundgebungen in Prag.

Die czechische Ausstellung in Prag ist der Sammelplatz, wo alle Wünsche der Slawen in Oesterreich und aus andern Staaten laut werden. Dort treten die französischen und russischen Sympathien der Czechen zur Erscheinung, dort wird die Verwirklichung der Autonomie Böhmens erwogen, dort geben sich Polen, Franzosen, Serben und Slowenen ein Stelldichein, dort wird die Zukunft Europas nach slawischen Anschauungen vorbereitet und wie die Veranstalter der Bewegung meinen, auch grundsätzlich entschieden. Prag ist geographisch besser für derartige Kundgebungen geeignet als Moskau, in der Metropole des Altrussenthums begnügt man sich damit, für die Verbrüderung von Russen und Franzosen Stimmung zu machen. Wenn es möglich wäre, einen Bund der Slawen gegen den Dreibund aufzurichten, so würde dieses Unternehmen in Prag ins Werk gesetzt werden, denn seit der Eröffnung der Ausstellung treibt man dort europäische Politik, man knüpft Verbindungen von Staat zu Staat an, unbekümmert um die Politik der österreichischen Regierung. Diese läßt der Bewegung freien Lauf und hat vielleicht darin das beste Mittel gefunden, dieser Bewegung die Spitze abzubrechen, sie nimmt keine Notiz davon, weil sie ihr nicht wichtig genug erscheint, und verurtheilt sie so zur Bedeutungslosigkeit. Durch die Bekämpfung würde die Bewegung erst Bedeutung erlangen, man würde ihr dadurch eine gewisse politische Wichtigkeit zugestehen und ihr den Nimbus der Gefährlichkeit verleihen.

Unbedenklich ist es gewiß nicht, wenn in der Hauptstadt Böhmens das slawische Zukunftsprogramm ernsthaft erörtert und Wünsche öffentlich ausgesprochen werden, die sonst nur theoretisch erörtert zu werden pflegen. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Slawen den Deutschen gegenüber wird auf diesem Wege gestärkt, es finden persönliche Annäherungen der gleiche Ziele verfolgenden Nationalitäten statt, welche ihre Wirkungen auf weite Kreise erstrecken und den Slawen zum Bewußtsein bringen, wie groß die Zahl ihrer Gesinnungsgenossen ist. Glücklicherweise sind große Schwierigkeiten zu überwinden, bevor man auf Einheit der slawischen Bestrebungen rechnen kann, und das Haupthinderniß liegt in dem Verhältniß Rußlands zur panslawistischen Idee. Polen und Russen sind Todfeinde und die Polen werden sich niemals unter die russische Herrschaft beugen, das legt von vornherein Bresche in die Festung des Panslawismus, und außerdem begegnet man bei allen slawischen Zukunftsträumen dem Streben nach Unabhängigkeit der einzelnen Stämme und nach Gründung großer Staaten, die aber mit dem Panslawismus nur die Stammverwandtschaft betonen und das Machtbewußtsein des Slawenthums erhöhen, keineswegs sich aber der russischen Despotie beugen wollen.

Die österreichischen Polen hatten mit den Czechen bisher sehr zweifelhafte Berührungspuncte, erst bei der Prager Ausstellung ist die gemeinsame Abstammung stärker hervorgehoben worden, aber von der Zusammengehörigkeit der Russen, Serben und Czechen, wie sie ein Journalist aus Belgrad in Prag verkündet hat, wollen die Polen nichts wissen, der Panslawismus der Polen findet an Rußland seine Schranke. Die Polen wollen ihre verlorene staatliche Selbstständigkeit wiedergewinnen, und gerade dazu berührt sie der Trennung von Rußland. Auch in Serbien wird man mit der Auffassung des Panslawismus nicht einverstanden sein, welche Herr Jlitsch als Ziel der serbischen Bestrebungen ausgiebt, die Serben wollen das Großserbien wieder herstellen, was in der Schlacht bei Cossowa verloren ging. Die Czechen haben auch nicht die Absicht, Böhmen in eine russische Provinz zu verwandeln, sie sind zufrieden, wenn sich der Kaiser von Oesterreich als König von Böhmen krönen läßt und dieses Land den Czechen ausliefert, damit sie dort nach Herzens Lust slawisiren können, wie die Magyaren Ungarn magyarisiren. Von dem Panslawismus, welcher sich seit Eröffnung der Landesausstellung in Prag breit macht, ist also nicht viel zu spüren, die slawischen Stämme, welche in Prag sich begegnet haben, verstehen unter Panslawismus jeder etwas Anderes.

Für Oesterreich ist nur das von unmittelbarem Interesse, was die Czechen in Böhmen anstreben, und in dieser Beziehung beansprucht das Festmahl, welches der conservative Adel Böhmens den österreichischen Reichsrathsabgeordneten Böhmens, soweit sie mit ihm sympathisiren, gegeben hat, allerdings eine gewisse Bedeutung. Man konnte bei diesem Anlaß erkennen, daß die czechischen Großgrundbesitzer mit den Altczechen in dem Bestreben einig sind, Böhmen aus dem österreichischen Staatsverbande loszulösen und dieses Land als einen nationalen Hort des Czechenthums zu organisiren. Der Gedanke des Trialismus ist auf diesem Festmahl wieder in voller Kraft hervorgetreten, die Czechen betrachten es als ihr gutes Recht, Böhmen zu slawisiren, das Deutschthum nur als ein unvermeidliches Uebel so lange neben sich zu dulden, bis es gelungen ist, es vollständig aufzusaugen. Von Ausgleich der czechischen und deutschen Interessen in Böhmen kann hiernach nicht die Rede sein, sondern nur von Unterdrückung des deutschen Wesens durch slawische Herrschsucht.

Die Regierung hat dem gegenüber einen sehr schweren Stand, der aber durch die Ausgleichspolitik verschuldet ist. Diese Politik trat schon im Jahre 1871 unter dem Ministerium Hohenwart klar und deutlich hervor, die Fundamentartikel, welche Graf Hohenwart heute noch als ein Recht Böhmens vertheidigt, bildeten schon damals die Grundlage der Politik, welche Graf Taaffe seit dem Jahre 1879 vergeblich zum Siege zu führen versucht hat. Graf Hohenwart steht heute auf dem Standpunct, daß er bei dem Festmahl versicherte, er werde auf seinem Platze ausharren und nicht eher ruhen, als bis Böhmen erreicht habe, was ihm gebühre. Graf Hohenwart begegnet sich in diesem Streben mit dem Oberstlandmarschall Fürsten Lobkowitz, welcher bei dem Festmahl erklärte, daß die Abgeordneten des czechischen Großgrundbesitzes die wahren Vertreter des patriotischen nationalen Reichsgedankens seien, und mit dem Prinzen Carl Schwarzenberg, welcher in dem Besuch der feudalen Abgeordneten den Ausdruck der Freundschaft gegenüber dem ganzen Böhmerlande erblickt.

Einen nationalen Reichsgedanken giebt es in Oesterreich nicht, die Nationalitätenpolitik steht in unlösbarem Widerspruch mit der Reichspolitik, was national geartet ist, kann nicht österreichisch sein, denn Oesterreich ist ein aus vielen Nationalitäten zusammengesetzter Staat. Das einzige Bindemittel in Oesterreich ist die deutsche Nationalität, welche thatsächlich auch heute noch die herrschende in Oesterreich ist trotz aller Ausgleichsbestrebungen. Das Heil der Zukunft liegt nicht in den Kundgebungen, welche die Landesausstellung in Prag zu Tage gefördert hat, sondern in der Aufrechthaltung des österreichischen Staatsgedankens, welcher in der deutschen Staats- und Armeesprache seinen prägnantesten Ausdruck findet. Die Germanisirung tritt in Oesterreich nicht aufdringlich hervor, sondern sie ist das Ergebniß der geschichtlichen Entwickelung des Landes. Alles was von Autonomie und von Ausgleich der Forderungen der verschiedenen Nationalitäten gefaselt wird, hat gar keinen politischen Werth, in Oesterreich kommt es darauf an, die germanischen Elemente der Bevölkerung zusammenzuhalten und ihnen den Einfluß zu sichern, welcher ihnen gebührt. Mit der Auflösung und Neuwahl des österreichischen Abgeordnetenhauses ist ein erster vielversprechender Schritt nach dieser Richtung gethan worden, und der Verlauf der am 16. Juli geschlossenen Session des österreichischen Reichsraths hat gezeigt, daß damit der rechte Weg zur Erreichung eines ersprießlichen Zieles beschritten worden ist.

## Leipzig, 22. Juli.

* Nach amtlicher Feststellung ist das Wahlergebniß bei der jüngst erfolgten Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreis Cassel-Melsungen folgendes: Von 19 230 abgegebenen Stimmen erhielt Pfannkuch (Soc.) 7872, Endemann (Nationallib.) 4528, Förster (Antisem.) 4134, v. Alvensleben (cons.) 1359, Martin (Reichsp.) 1324 Stimmen, 13 Stimmen waren zersplittert. Die Stichwahl zwischen Pfannkuch und Endemann findet am 25. Juli statt.

* In Memel ist, nach der „Danz. Ztg.", von den Conservativen für die Reichstags-Nachwahl an Moltke's Stelle Gutsbesitzer Schlick-Grottingen als Candidat aufgestellt worden. Der Wahlkreis Tilsit-Niederung hat in der Person des Socialdemokraten Lorenz-Königsberg den fünften Candidaten erhalten.

* Die durch preußische Ministerialverordnung jüngst gestattete Ertheilung polnischen Privatunterrichts durch polnische Lehrer und in den Schullocalen der Gemeinden hat in den polnischen Kreisen Posens und Westpreußens die größte Befriedigung hervorgerufen und neue Hoffnungen geweckt, auf deren Erfüllung man bestimmt rechnet. Man erwartet zuversichtlich, daß die vor einigen Jahren nach dem Rheinlande, nach Westfalen und Hessen-Nassau versetzten polnischen Lehrer bald in die Heimath zurückkehren dürfen. Einigen derselben, die sich gar nicht in die neuen Verhältnisse finden konnten, ist die Rückkehr bereits gestattet worden. Auch hofft man, daß der Religionsunterricht bald wieder wie früher den polnischen Kindern ausschließlich in polnischer Sprache ertheilt werden wird. Ob es gut ist, mit Verordnungen, die man 1886 zum Schutze des Deutschthums in den Ostmarken für unbedingt nöthig gehalten hat, so schnell wieder aufzuräumen, wird sich recht bald herausstellen.

* Die Frage, ob der neue preußische Arbeitsminister auch zum Präsidenten des Reichseisenbahnamts ernannt werden sei, verneint der „Hamb. Corr." mit dem Hinweis, daß im Jahre 1889 der Geh. Ober-Regierungsrath Schulz, der früher als vortragender Rath im Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen thätig war, zum stellvertretenden Präsidenten ernannt wurde. In seinen Händen ruht jetzt das Präsidium des Reichseisenbahnamts, und es konnte nach allerdem nicht in Frage kommen, dem Minister Thielen dieses Posten zu verleihen.

* Die „Schlesische Volkszeitung" bringt folgende offene Antwort des Reichs- und Landtagsabgeordneten Grafen Ballestrem auf den offenen Brief des Reichstagsabgeordneten und Herrenhausmitgliedes Herrn von Koczielski: „Euer Hochwohlgeboren haben die Güte gehabt ein offenes Schreiben an mich zu richten und in demselben eine Aeußerung von mir besonders zu bemängeln, welche dahin ging, daß die polnisch sprechenden Bewohner Oberschlesiens keine „Polen", sondern „polnisch sprechende Preußen" seien. Das letztere wollen Euer Hochwohlgeboren zugeben, nehmen aber auch die erstere Bezeichnung für meine oberschlesischen Landsleute in Anspruch. Abgesehen davon, daß der Oberschlesier sich selbst nie als „Pole", sondern immer nur als „Oberschlesier" bezeichnet, wird mit dem Ausdruck „Pole" ein gewisser staatsrechtlicher Nebenbegriff verbunden, welcher wohl auf die polnisch sprechenden Bewohner der Provinzen Posen und Westpreußen passen mag, aber in Oberschlesien durchaus keinen Boden findet. — Daß die polnischen Bewohner der Provinzen Posen und Westpreußen zum weitaus größten Theile treuergebene Unterthanen Sr. Majestät des Königs und verfassungstreue Angehörige des preußischen Staatswesens sind, bezweifle ich keinen Augenblick; allein unbeschadet dieser Unterthanenschaft und innerhalb dieser Staatsangehörigkeit erstreben sie auf gesetzlichem Wege eine besondere staatsrechtliche Stellung, welche ich kurz als eine solche bezeichnen möchte, wie sie die österreichischen Polen in Galizien besitzen. Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, zu untersuchen, ob dieses Streben berechtigt, ob ausführbar, ob, wenn ausgeführt, für die polnischen Bewohner jener Provinzen heilsam sein würde, ich stelle einfach fest, daß dieses Streben in vorgedachten beiden Provinzen unter der polnischen Bevölkerung allgemein besteht, diese Bevölkerung fühlt sich eben als „Polen" und trachtet innerhalb des nun einmal gegebenen Staatsverbandes eine besondere staatsrechtliche Stellung als „Polen" zu erreichen. — Dieses Streben und dieser Wunsch geht aber dem polnisch redenden Oberschlesier vollständig ab; woher sollte er ihn auch haben? Seit sechs Jahrhunderten hat Oberschlesien keine staatliche Verbindung mit Polen und gehört seit dieser Zeit immer deutschen Staatsgebilden an. Der Oberschlesier fühlt sich daher in staatsrechtlicher Beziehung nicht als „Pole", sondern seit 150 Jahren als „polnisch sprechender Preuße", derselbe will nur seine Religion und seine Muttersprache wissen; für beides sind die deutschsprechenden oberschlesischen Abgeordneten des Centrums stets energisch eingetreten, und es bedarf dazu keiner großpolnischen Agitatoren und keiner großpolnischen Abgeordneten. Die Regierung hat freilich einen großen und schweren Fehler gemacht, indem sie der Erlernung und Pflege der polnischen Muttersprache in den Schulen entgegentrat, aber auch hiergegen haben die Centrumsabgeordneten stets protestirt und gekämpft, und werden es auch ferner thun, bis Remedur eintritt; also auch zur Bekämpfung dieser Regierungsmaßregeln bedarf es keiner großpolnischen Agitation; dieselbe erstrebt auch ganz andere Ziele. Hochverehrter Herr College! Seit langen Jahren kämpfen Sie und ihre Herren Fractionsgenossen Schulter an Schulter mit meinen politischen Freunden und mir für das große Ziel der Freiheit der katholischen Kirche und der Gleichberechtigung der Katholiken in Deutschland, seien diese Katholiken nun deutscher oder polnischer Zunge. Manches Schlimme haben wir schon vereint abgewendet und manches Erstrebenswerthe gemeinsam erreicht; aber stets sind wir getrennt marschirt und haben vereint geschlagen, und das war gut. So wollen wir es auch ferner halten, sonst giebt es Verwirrung. — Die Oberschlesier sind nun einmal keine „Polen"."

* Die Stelle der erwähnten Dürkheimer Rede des Abgeordneten Dr. Bürklin, welche sich auf den Fürsten Bismarck bezog, hat folgenden Wortlaut:

„Eines haben wir aber doch auch wieder als ein beruhigendes Moment lernen lernen, daß selbst große Erschütterungen nicht im Stande sind, das Deutsche Reich in seinem Bestande wankend zu machen, und ich erachte es als eine der gewaltigsten Krisen, die das Deutsche Reich durchzumachen hatte, als Fürst Bismarck wegging. Es werden vielleicht Zeiten in Deutschland hereinbrechen, wo wir ihn, wenn er nicht mehr da ist, mit den Fingern aus dem Grabe kratzen möchten, aber das ist doch auch sicher, daß wir getröstet sein können für die Zukunft, da wir diese Krisis überwunden haben. Gewaltige Veränderungen unter den Personen in Deutschland sind vorgekommen. Nicht nur, daß der Gewaltige von Allen, Fürst Bismarck, nicht mehr im Amte ist, auch der große Denker und Lenker der Schlachten, Moltke, ist nicht mehr unter den Lebenden. Fürst Bismarck lebt. Gott Lob und Dank, noch! Unser alter Heldenkaiser Wilhelm I., sein edler Sohn, der Kaiser Friedrich, sind todt. Jetzt steht ein neuer Kaiser auf der Commandobrücke des deutschen Fahrzeuges, zwar jung noch an Jahren, aber von Thatkraft und dem besten Willen beseelt. Wir haben nur einen Wunsch, daß es ihm, wie seinem Großvater, gelingen möge, immer Männer am Steuerruder sitzen zu sehen, wie Bismarck. Es ist der heiße Wunsch, daß es diesem Monarchen gelingen werde, das deutsche Staatsschiff in gutem Cours zu halten und Männer am Ruder zu haben, welche mit den Klippen und Untiefen des Fahrwassers bekannt sind."

Letzterem Wunsche wird sich jeder deutsche Patriot nur anschließen können.

* Die Schwarzmalerei der oppositionellen Ernteschätzungen wird in den aus allen Theilen Deutschlands eintreffenden Berichten auf ihren wahren Werth reducirt. Darnach hat das nasse Wetter der letzten Wochen wohl stellenweise argen Schaden angerichtet, im Allgemeinen aber stehen alle Feldfrüchte ausgezeichnet und ist in Bezug auf die Ernte noch nichts verabsäumt, im Fall von nun an beständige, warme Witterung eintritt. Insbesondere ist auch der vorwiegend landwirthschaftliche Osten der preußischen Monarchie im Wesentlichen gut durch die meteorologischen Unbilden der jüngsten Zeit gekommen. In der Provinz Posen hat der Roggenschnitt seit Mittwoch ganz allgemein seinen Anfang genommen. Bei dem befriedigenden Stande des reifen Getreides bedarf es nur schönen Wetters von mindestens 8 Tage Dauer, um den reichen Segen des Feldes in den Scheunen zu bergen. Bis jetzt ist keinerlei Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Regenfälle des Juli irgend einer Getreideart in nennenswerthem Maße verderblich geworden wären. Denn auch die jungen Kartoffeln, bezüglich deren bisher die meisten Befürchtungen laut geworden sind, zeigen eine derartig zufriedenstellende Qualität und werden in so großen Mengen zu Markt gebracht, daß die Preise von Woche zu Woche rückläufige Bewegung zeigen und demnächst durchweg pro Centner unter 3 ℳ gesunken sein werden. So berichtet das „Posener Tageblatt", und was für die gedachte Provinz im Besonderen gilt, kann ohne Weiteres auch auf die übrigen Provinzen des deutschen Ostens ausgedehnt werden. Hiernach liegt zu Besorgnissen wegen des deutschen Ernteausfalls in der That ein zureichender Grund nicht vor.

* Ein hübscher Beitrag zur Charakteristik der deutsch-freisinnigen Antikornzollagitation kommt aus Jena. In der „Freisinnigen Zeitung" war dieser Tage zu lesen, daß auch in landwirthschaftlichen Kreisen die Agitation zur Herabsetzung oder Aufhebung der Getreidezölle immer weiter um sich greife. So habe kürzlich „eine zunächst aus Landwirthen bestehende öffentliche Versammlung in Jena" die Absendung einer Petition um Aufhebung der Getreidezölle beschlossen. Dem gegenüber stellt die „Jenaische Zeitung" fest, daß in Jena selbst Niemand etwas von einer derartigen Versammlung weiß.

* Nachdem der welfische Reichstagsabgeordnete v. Hake auf Hasperde mit Hilfe der Hildesheimer Socialdemokraten sein Reichstagsmandat erhalten hat, ist er dezeichnender Weise vor Kurzem von diesen Socialdemokraten aufgefordert worden, in einer ihrer Versammlungen Bericht über seine Thätigkeit zu erstatten. Herr v. Hake hat nun diese Aufforderung zwar abgelehnt, der betreffende Brief von ihm enthält jedoch folgende charakteristische Aeußerungen: „Was die Versammlung anlangt, bin ich einerseits jetzt nicht in der Stimmung, dieselbe abzuhalten (Herrn v. Hake's Felder sind verhagelt), und andererseits würde es auch zwecklos sein, wenn ich für Sie in Hildesheim eine Versammlung abhielte. Ich bin von jeher bemüht gewesen, für das allgemeine Wohl tatkräftig einzutreten. Indem ich in den nächsten 1½ Jahren jedes Korn für mich und meine Leute kaufen muß, gleichviel ob Brotkorn, Futterkorn oder Saatkorn, würde es mir am liebsten sein, diese Producte möglichst billig zu erhalten. Man muß jedoch leben und auch leben lassen. Lohn und Getreide muß so hoch sein, daß Arbeiter und Landmann beide leben können, insofern sie fleißig sind." — Dieser Brief ist in verschiedener Beziehung interessant. Zunächst beweist er, daß die Welfen durchaus nicht geneigt sind, die Socialdemokratie als solche entschieden zurückzuweisen, daß sie vielmehr nur ängstlich dem Vorwurfe eines offenen Zusammengehens mit den Socialdemokraten zu entgehen, sich aber die Möglichkeit eines Zusammenwirkens mit denselben bei den Wahlen offen zu halten suchen. Nicht minder spricht der Brief für die Richtigkeit der Ansicht, daß die welfischen Reichstagsabgeordneten durch ihre ländlichen Wähler dahin gedrängt werden, für die Kornzölle einzutreten, obwohl die welfischen Zeitungen, die „Deutsche Volkszeitung" und die „Niedersächsische Zeitung", sich immer wieder gegen die Kornzölle ereifern, weil das ihrer agitatorischen Thätigkeit gegen den preußischen Staat entspricht, und denjenigen der bewußten Unwahrheit zeihen, welcher die Stellungnahme ihrer Abgeordneten zu den Zöllen als wahrscheinlich bezeichnet, die Herr v. Hake seinem Briefe zufolge einnimmt.

* * *

* Das österreichische Herrenhaus genehmigte ohne Debatte das Budget und das Finanzgesetz für 1891, sowie folgende Vorlagen: den Gesetzentwurf, betreffend die Befreiung von Gebühren bei der Erwerbung eines Palais für die russische Botschaft, das Berliner internationale Uebereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr, sowie die Durchführung des Uebereinkommens. Nach der hierauf vorgenommenen Wahl für die Delegationen erklärte Ministerpräsident Graf Taaffe im Auftrage des Kaisers den Reichsrath für vertagt.

* In Oesterreich wurde am 20. Juli der 25. Gedenktag der Seeschlacht von Lissa vielfach festlich begangen. Aus diesem Anlasse schreibt das Wiener „Fremdenblatt":

„Der Dreibund umfaßt die Völker, die vor nun 25 Jahren ihre Kräfte gemessen und sich gegenseitig auf den Schlachtfeldern achten gelernt haben. Er ist die neue Form des Zusammenlebens dieser Völker, und er beruht auf der vollen gegenseitigen Anerkennung, daß die drei Reiche ihre Rechnung miteinander abgeschlossen haben. Die alten Conflicte sind in die neue Zeit nicht herübergenommen worden, und die kleine Partei der italienischen Radicalen, die es versucht, sie weiter zu spinnen, hat keinen Einfluß auf die Richtung, die das italienische Volk einhält. Die Kämpfe, die um die Vorherrschaft in Deutschland und um die Einigung Italiens geführt wurden, leben in der Geschichte, die Wunden, die ihre letzten Zuckungen in zahllose Familien gerissen haben, mögen noch still an sie erinnern, die Ruhmesthaten, die vollbracht worden sind, gehören dem Schatz der Nationen an, von denen sie ausgegangen sind, aber Feindschaft hat sich in Freundschaft verwandelt, in das Bewußtsein des gemeinsamen Zusammenstehens für den Frieden und für die Ermöglichung des civilisatorischen Fortschrittes. Auf dieser Entwickelungsstufe dürfen wir die Vergangenheit als etwas historisch Abgeschlossenes betrachten, der eigenen Kraft uns freuen, aber in der sicheren Zuversicht, daß sie gegen den Gegner von ehemals nicht mehr zu gebrauchen sein wird, mit dem wir vielmehr im Interesse des Weltfriedens verbündet sind. In solcher Empfindung feiern wir das Andenken an die Helden von Lissa."

* Der Magistrat der Stadt Wien hat in einer am Sonnabend abgehaltenen außerordentlichen Sitzung, zu welcher der Bürgermeister Dr. Prix, seinen Urlaub unterbrechend, erschienen war, in Durchführung eines schon im Mai gefaßten Gemeinderathsbeschlusses behufs Abstellung der Fleischtheuerung beschlossen, in jedem der zehn alten Bezirke Wiens Verkaufsstände aufzustellen, in welchen Rindfleisch zu denselben Preisen wie in der Großmarkthalle abgegeben werden wird. Wie die Wiener Blätter melden, kostet das Kilogramm Rindfleisch von den Hintervierteln in der Großmarkthalle 45—60 Kreuzer, während dieselbe Qualität in der inneren Stadt mit 90 Kreuzer verkauft wurde.

SLUB
Wir führen Wissen.